

Rauchzeichen der Mini-Camper

Ob es stürmt oder schneit: Thomas Werker ist mit seinem Wohnwagen bei jedem Wetter unterwegs. „Selbst bei tiefsten Minusgraden campen meine Frau und ich. Und das macht Spaß“, sagt der Dresdner Inhaber einer Agentur für Werbung und Malerei. Das brachte ihn und seine Mitarbeiter auf die Idee, einen Räucherwohnwagen zu bauen. In zwei Ausführungen sind die Mini-Gefährte jetzt unter kwalm.de auf dem Markt. „Der Größere raucht nicht nur, sondern hat auch eine eigene Innenbeleuchtung“, sagt Werker, dessen kleine Firma seit Jahren für den Märchenwald des Dresdner Striezelmarktes die handgearbeiteten Figuren bereitstellt. Die Nachfrage nach den rauchenden Wohnwagen sei groß. Werker ist bereits mit einer Firma in Seiffen im Gespräch, die bei der Fertigung helfen will. Ein reines Weihnachtsprodukt seien die Wagen nach seiner Ansicht übrigens nicht. „Aus den Schornsteinen räuchert es ordentlich. Damit vertreibt man auch auf dem Campingplatz jede Mücke.“ Werker, der natürlich ein Patent auf seine Mini-Wohnwagen hat, denkt jetzt über rauchende Wohnmobile nach. *ade*

FOTO: MEECO COMMUNICATION SERVICES



Reiseverbote: Sachsen will Kriterien überprüfen

Dresden. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat im Streit um Beherbergungsverbote und Einschränkungen für Inlandsreisen gefordert, die Kriterien dafür zu überprüfen. „Wir brauchen eine Überprüfung, ob die Zahl 50 auf 100.000 Einwohner richtig ist. Das müssen diejenigen sagen, die in der Kontaktnachverfolgung sind“, sagte der CDU-Politiker vor dem Treffen der Länderchefs mit Kanzlerin Angela Merkel der „Bild“-Zeitung. Das seien die Bürgermeister, die Landräte und die Virologen. „Es braucht am Ende die Gesundheitsminister, die einen substanzialen Vorschlag machen, wenn man an dieser Regelung etwas ändern will.“

Kretschmer sagte, es wäre falsch, die ganze Regelung über Bord zu werfen. Das Ziel aller Maßnahmen der Politik müsse sein, einen zweiten Lockdown zu verhindern. „Wir sehen gerade in der Tschechischen Republik, dass diese Maßnahme unmittelbar bevorsteht, weil dort die Zahlen weiter explodieren. Deswegen geht es hier darum, die Dinge gemäßvoll zu organisieren.“ Es gehe darum zu erreichen, dass das wirtschaftliche Leben und das gesellschaftliche Leben weiter stattfinden und die Schulen offen bleiben. „Das geht aber nur, wenn wir das Infektionsgeschehen kontrollierbar und beherrschbar halten.“

Kretschmers Alleingang gegen neues Klimaschutz-Gesetz

CO₂-Abgabe: Ein neues Gesetz könnte Heizen und Tanken noch teurer machen. Sachsen stimmte als einziges Bundesland nicht dafür.

Von Josa Mania-Schlegel

Dresden/Berlin. Um etwas über Politik zu erfahren, muss man sie dann beobachten, wenn gerade sonst niemand hinguckt. Zum Beispiel im Bundesrat. Am Freitag stimmten hier Delegationen aller Bundesländer über Gesetze ab, die bereits im Bundestag beschlossen wurden. Im Bundesrat soll so dafür gesorgt werden, dass Deutschland nicht allein von Berlin aus gestaltet wird, sondern auch von Dresden, München oder Wiesbaden aus.

Meistens stimmen sich die Landesregierungen am Abend vorher über die neuen Gesetze ab. Aber an jenem Donnerstagabend muss es in Dresden zu einer Uneinigkeit gekommen sein – zwischen Grünen und der CDU.

Der Grund war ein Gesetz, das einen furchtbar komplizierten Namen trägt, aber weitreichende Folgen haben könnte: das Brennstoffemissionshandelsgesetz. Dieses verpflichtet deutsche Unternehmen, die Diesel, Benzin, Heizöl oder Erdgas verkaufen, für jede Tonne Kohlendioxid, die ihre Produkte verursachen, 25 Euro zu bezahlen. Bis 2026 werden es sogar 65 Euro.

Es gilt als wahrscheinlich, dass die Hersteller die Mehrkosten an die



„Gesetz ist Inländer-Diskriminierung.“

Michael Kretschmer (CDU)
Sachsens Ministerpräsident



„Das neue Gesetz ist ein wichtiger Schritt.“

Wolfram Günther (Grüne),
Sachsens Umweltminister

Kundschaft weitergeben werden. Jeder Liter Diesel würde etwa sieben Cent mehr kosten. Neben Autofahren würde auch das Heizen mit Öl oder Gas teurer werden. Ob es so kommt, wird sich ab nächstem Jahr zeigen, dann tritt das Gesetz in Kraft, denn der Bundesrat hat es mehrheitlich angenommen.

Nur ein Land stellte sich in der Abstimmung quer: Sachsen. Die Delegation von Michael Kretschmer enthielt sich, was einer Ablehnung gleichkommt. Und das war zu erwarten.

Schließlich hatte Kretschmer schon vor einem Jahr über das Klimapaket, das das Gesetz angehört, gesagt: Er „empfinde es an vielen Stellen als Inländer-Diskriminierung.“

Kretschmer argumentierte damit, dass es deutsche Unternehmen schwächen würde, wenn ihr Benzin künftig teurer wird. Denn vielleicht bestellt die Tankstelle dann künftig bei der ausländischen Konkurrenz, die keinen Kohlendioxid-Aufpreis zahlen muss? Fraglich ist auch, ob die Corona-Krise ein guter Zeitpunkt ist,

um deutsche Haushalte mit Mehrkosten zu belasten.

Das Gesetz birgt außerdem die Möglichkeit, dass neben Unternehmen auch für Kommunen Mehrkosten entstehen. Schließlich verursachen auch diese durch ihre städtische Müllverbrennung Kohlendioxid. Vorstellbar, dass Haushalte, neben Auto und Heizung, bald auch mehr Geld für ihre Mülltonne bezahlen müssen.

Natürlich dient all das einem wichtigen Ziel, dem Klimaschutz. In dessen Namen soll freilich nicht mehr so viel geheizt, Auto gefahren und Müll verursacht werden. Dazu soll das Gesetz Unternehmen und Verbraucher animieren. Und schließlich macht die Erderwärmung während einer globalen Pandemie keine Pause.

Warum also enthielt sich Sachsen? Die interne Abstimmung der Regierung ist geheim. Allerdings lässt die sächsische Enthaltung vermuten, dass sich Grüne und CDU einfach nicht einig wurden.

Sachsens Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) meldete sich gleich nach der Abstimmung zu Wort. Das neue Gesetz sei „ein wichtiger Schritt“, schrieb er. Dass es ausgerechnet seine Regierung war, die sich als einzige in Deutschland nicht für das Gesetz aussprach, darüber schwieg der Minister.

Abzocke statt Liebe – Senior klagt

Erfurt. Bei der Suche nach einer Partnerin ist ein 90-Jähriger in Erfurt von einer dubiosen Vermittlungsagentur abgezockt worden. Diese habe von dem Senior bei zwei Besuchen zuhause insgesamt 4600 Euro kassiert – für die Adresse von zehn Frauen, teilte die Polizei gestern mit. Schon beim ersten Besuch hätten die Vertreter ein Lesegerät für EC-Karten dabei gehabt und den Mann so um eine „Gebühr“ von über 3000 Euro gebracht, so eine Polizeisprecherin. Ursprünglich habe der Rentner auf eine Kontaktanzeige einer Frau in einer Zeitung geantwortet. Statt der Frau habe sich jedoch die Agentur gemeldet. Eine Partnerin habe der Mann nicht gefunden. Nur ein einziges Treffen mit einer Frau sei zustande gekommen. Der Mann habe bei der Polizei Anzeige erstattet. Diese ermittelt nun wegen Betrugs.

Von Flusspferdzahn bis Nilkrokodil

25 Jahre Kunst- und Naturalienkammer der Franckeschen Stiftungen – heute Besuchermagnet in Halle

Von Bernd Lähne

Halle. Es ist rund zehn Monate her, als die Franckeschen Stiftungen in Halle mit einem altzeitlichen Flusspferdzahn deutschlandweit für Schlagzeilen sorgten. Das lange verschollene Objekt, das bereits in einem hauseigenen Gründungskatalog verzeichnet ist, wurde von Stiftungsdirektor Thomas Müller-Bahlke als Sensationsfund bezeichnet. 1698, im Gründungsjahr der Wunderkammer, war das „gute Stück Flusspferd“ auf kurfürstlichen Befehl von Berlin nach Halle zu August Hermann Francke (1663-1727) geschickt worden, dann aber verschwunden.

Jener wiederentdeckte, fast 50 Zentimeter lange Zahn wird mit rund 3000 weiteren Gegenständen in der Kunst- und Naturalienkammer im Historischen Waisenhaus gezeigt. „Alle wunderschönen und kuriosen Objekte wurden von nah und fern zusammengetragen, um den Kindern der Schulstadt vor 300 Jahren die unendliche Vielfalt der

göttlichen Schöpfung zu vermitteln“, heißt es über die einzigartige Sammlung, die bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts regelmäßig Besuchern zugänglich war. Zum kuriosen Anschauungsmaterial gehören ein reich verziertes Straußenei, ein tätowierter Fisch, zwei Wal-Pennisse, ein versteinertes ungarischer Käse und ein ausge-

stopftes riesiges Nilkrokodil. „Die Einzigartigkeit der Wunderkammer der Franckeschen Stiftungen liegt darin, dass alle Grundkomponenten der originalen barocken Wunderkammer erhalten sind“, erläutert der Direktor. Vor 25 Jahren, am 12. Oktober 1995, hatte Müller-Bahlke als Archivar die Kammer nach umfangreichen Recherchen

am originalen Platz wiedereröffnen können. Seither gilt die Sammlung im Dachgeschoss des Hauptgebäudes als Besuchermagnet.

Die Stiftungen nehmen das Jubiläum zum Anlass, um heute mit ihren Partnern in Russland, den Niederlanden und Großbritannien die „Alliance of Early Universal Museums“ zu gründen. Die Initiative dazu hätten gemeinsam das Museum für Anthropologie und Ethnographie „Peter der Große“ (Kunstkamera in St. Petersburg) und die Franckeschen Stiftungen in Halle auf der Grundlage langjähriger freundschaftlicher Zusammenarbeit ergriffen, teilt Pressechefin Kerstin Heldt dazu mit. „Künftig wird sich das Netzwerk über Forschungsfragen, Kooperationen und Ausstellungsideen austauschen und sich dafür engagieren, in der breiten Öffentlichkeit die frühneuzeitlichen Sammlungen noch besser als Orte bekannt zu machen, die für unser Leben im 21. Jahrhundert relevant sind“, so Heldt. **Info** www.francke-halle.de



Thomas Müller-Bahlke, Direktor der Franckeschen Stiftungen Halle, mit dem über 300 Jahre alten historischen Flusspferdzahn. FOTO: BERND MANDEL

„Bei 40 Grad in der Schule schwitzen ist auch nicht gut“

Längere Ferien im Winter, kürzere im Sommer? Das sagen Schüler und Lehrer

Dresden. Uschi Kruse macht sich seit Wochen Gedanken darüber, wie seit Wiederbeginn des regulären Schulbetriebs das Corona-Risiko für Schüler und Lehrer begrenzt werden kann. Deshalb ist die Chefin der Lehrergewerkschaft GEW in Sachsen grundsätzlich offen für Ideen, auch für eine Debatte über veränderte Ferienzeiten. Im konkreten Fall aber sieht sie den Vorschlag – längere Weihnachtsferien bei verkürzten Sommerferien – eher kritisch. Vor allem der zweite Teil, die kürzeren Sommerferien, bereitet ihr Unbehagen. „Der Zeitraum zwischen Osterferien und Sommerferien ist der längste im Schuljahr. Das ist anstrengend für Schüler und Lehrer. Am Ende bezahlt man mit anderen Krankheiten wegen Erschöpfung, wenn die Sommerferien später beginnen“, gibt sie zu bedenken.

Zwei Tage eher in die Ferien

Ihr Gegenvorschlag: Die zwei Schultage in der Weihnachtswoche zu den Ferien hinzufügen, denn diese zwei Tage vor dem 23. Dezember seien pädagogisch ohnehin nicht besonders sinnvoll. Dagegen sei ein kleiner Lockdown im Winter nicht die richtige Lösung. „Die Eltern, die ihren Urlaub nicht umplanen können, müssen sich um eine andere Betreuung ihrer Kinder kümmern. Ich finde es nicht sinnvoll, im Winter, wenn die Anstreckung steigt, die Kinder bei den Großeltern unterzubringen“. Außerdem würde sich durch kurze Sommerferien die Diskussion über Hitzefrei verstärken. „Im Sommer kollabieren dann die Kinder“, sagt sie zugespitzt.

Maskenpflicht in Schulgängen

Der Landesschüllerrat will ebenfalls kein Denkverbot. „Wir sind offen für alle Möglichkeiten, die unsere Lage verbessern, aber ich betrachte die Idee mit Skepsis“, sagt Johanna Kesicka, Vorsitzende des Landesschüllerrats Sachsen. Es sei zudem fraglich, wie die vielen Prüfungen und die dann veränderten Ferienzeiten unter einen Hut gebracht werden können. „Und dafür im Sommer bei 40 Grad in der Schule zu schwitzen, ist auch nicht gut“, so die Abiturientin.

Ein richtiger Ansatz, die Ausbreitung des Virus in Schulen einzudämmen, sei für sie, die betroffenen Klassen zu isolieren. Außerdem appelliert sie an die Schüler in Sachsen Maskenpflicht. „Es sollte grundsätzlich Vorschrift sein, die Masken auch in den Gängen der Schulgebäude zu tragen“. Nur ein paar Schulen in Sachsen würden das freiwillige Tragen von Masken im Gang aktiv fördern. Eine davon ist ihre eigene – das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Löbau.

Mehr Wölfe in Sachsen

Dresden. In Sachsen sind vier weitere Wolfsrudel registriert worden. Aktuell gibt es in Sachsen 29 bestätigte Wolfsterritorien, wie die Fachstelle Wolf des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) gestern in Dresden mitteilte. Dabei handelt es sich um 28 Rudel und ein Paar. Neu dazugekommen sind die Rudel Neukollm, Daubitz II, Rauden und Hohwald, die alle in der Lausitz liegen.

Die Auswertung für das Monitoringjahr 2019/2020 zeigt, dass sich der Wolfsbestand mit vier neuen Rudeln in der Lausitz verdichtet und insgesamt räumlich in Sachsen ausbreitet. Demnach ist auch der Nordwesten Sachsens besiedelt.